

18. I. 1919

202

### Die Fürsorge für unsere Krieger.

In einer am 11. d. unter dem Vorhabe des Stadtrates Höhel in Bachlechner's Saal in Dufaring stattgefundenen massenhaft besuchten Wahlversammlung der christlich-sozialen Partei ergriff, nachdem Unterstaatssekretär Dr. Resch für den Schutz der Kriegsanleihe eingetreten war, unter stürmischen Hochrufen Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Wort, um in eingehender Weise den Notstand der Ernährung zu schildern und dann fortzufahren:

Im südslavischen und tschecho-slovakischen Staat wird eine Abstempelung der Banknoten vorgenommen. Wir haben heute im Stadtrate verlangt, daß sofort auch eine Abstempelung der Banknoten für Deutschösterreich erfolgt und daß nur jene Banknoten gesetzliche Zahlungskraft haben, welche vom deutschösterreichischen Staate abgestempelt sind. Wir Deutschen in Oesterreich waren jahrelang die „Wurzen“, aber jetzt sind wir die Geschichte satt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Tschechen haben sehr wenig Kriegsanleihe gezeichnet, sie haben da die Tugend der Enthaltfamkeit geübt (Heiterkeit), wir Deutsche haben alle Opfer gebracht. Es geht nicht, daß sich die Nationalstaaten jetzt auf den Standpunkt stellen: Was

gehen uns die Schulden von Oesterreich an! Wir verlangen von der Nationalversammlung, daß sie im wohlverstandenen Interesse der deutschösterreichischen Bürger alles aufbietet, um die Sache so zu ordnen, daß wir mit einer ertäglichen Quote dieser Schulden herauskommen. (Lauter Beifall.)

Eine äußerst wichtige Frage ist die Vorsorge für die Kriegsbeschädigten, für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger. Das ist eine Ehrenschuld von uns allen, wir dürfen die Kriegsbeschädigten und Witwen und Waisen der Gefallenen nicht im Stich lassen. (Lebhafter Beifall.) Die Gemeinde Wien ist diesbezüglich bereits im Jahre 1914 an die Regierung herangeritten, sie hat im Jahre 1915 dreimal urgiert, im Jahre 1916 abermals urgiert, aber getan hat die Regierung nichts, sie hat nur mit Ungarn verhandelt. Wir müssen auch für die Befreiung unserer Kriegsgefangenen Sorge tragen. Ich habe sofort nach dem Frieden von Brest-Litowsk den damaligen Minister des Aeußern aufgefordert, für die Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen Sorge zu tragen. Wir haben die Russen sofort zurückschickt, aber unsere Söhne und Brüder schmachten ganz ungesetzlich noch in Gefangenschaft. Es darf keine Versammlung vorübergehen, ohne nicht an Regierung und Nationalversammlung das dringende Ersuchen zu richten, alles aufzubieten, daß unsere Kriegsgefangenen zurückschickt werden. Das ertragen wir nicht länger. (Beifall.) Mit welchem Rechte hält man jetzt, nach dem der Krieg beendet ist, unsere Angehörigen noch zurück? Das ist keine Rechtsfrage mehr, sondern eine Frage der Menschlichkeit, und im Namen der ewigen Menschlichkeit müssen wir fordern: Wir dulden nicht länger, daß unsere Söhne und Brüder in den eisigen Steppen Sibiriens weilen. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen nicht, wie viele schon zugrunde gegangen sind und wie viele noch zurückkehren.

Wir haben auch die Sorge für unsere Heimkehrer. Ich habe es oft und oft betont: Wir verdanken es diesen Väteren, diesen braven Männern, daß wir vor den unmittelbaren Wirkungen des Krieges verschont geblieben sind. Wir stellen nur eine Dankeschuld ab, wenn wir den Heimkehrern alle Mittel und Wege öffnen, um sich wieder in das Erwerbsleben einfügen zu können. Tausende leben in banaler Sorge um ihre Existenz und Zukunft. Es ist die heilige Pflicht der Nationalversammlung, dafür zu sorgen, daß die Heimkehrer wieder Arbeit und ausreichenden Verdienst finden können. (Lebhafter Beifall.)

Es ist eine dankenswerte Aufgabe für alle Frauen und Männer, die in der Nationalversammlung zu wirken berufen sein werden, allen diesen Aufgaben gerecht zu werden. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch Gemeinderätin Strobl und Gemeinderat Illreich gesprochen hatten, wurde die Versammlung geschlossen.